

1. Bezirk – Innere Stadt

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen
im ersten Halbjahr 2025

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von ÖVP, SPÖ, GRÜNE und NEOS Innere Stadt stellen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Betreff: Fortsetzung wichtiger Verkehrsprojekte

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Innere Stadt bekennt sich zur Umsetzung der Verkehrsberuhigten Inneren Stadt und zur Verbesserung der Citybuslinien.

Begründung:

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurden von Seiten der Bezirksvertretung Innere Stadt Anstrengungen unternommen eine Verkehrsberuhigung von weiten Teilen der Inneren Stadt, sowie eine bessere Anbindung der Citybus-Linien an andere Bezirke zu erreichen. Diese Bestrebungen wurden auch in das folgende Koalitionsprogramm der Wiener Stadtregierung übernommen. Auch wenn in der laufenden Legislaturperiode viel erreicht wurde, sind diese beiden Projekte leider noch nicht am Ziel angekommen.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt möchte daher ihren Willen diesen langen Weg weiterzugehen bekräftigen.

(Christoph Hilscher)

Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Barrierefreie Baustelleneinrichtungen und sichere Umgehungswege

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die Einhaltung der in der ÖNORM V 2104 „Baustellenabsicherung“ festgelegten Standards bei Baustellen in der Inneren Stadt konsequent zu überprüfen und bei zukünftigen Ortsverhandlungen auf die Wichtigkeit deren Einhaltung besonders hinzuweisen.

Insbesondere sind folgende Maßnahmen sicherzustellen:

- Einhaltung der vorgeschriebenen Durchgangsbreiten
- Anbringung von Anrampungen bzw. Überbrückungen
- Ausreichend hohe und standfeste Absperrungen und Schutzgitter
- Anbringung von Tastleisten
- Gewährleistung von sicheren und zugänglichen Umgehungswegen

Begründung:

Von Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung kommen immer wieder Hinweise, dass Baustelleneinrichtungen nicht barrierefrei ausgestaltet sind. Baustellen stellen für viele Menschen eine erhebliche Barriere und Gefahrenquelle dar, insbesondere für blinde, sehbehinderte und mobilitätseingeschränkte Personen. Eine sichere und möglichst barrierefreie Baustellenführung ist essenziell, um allen Verkehrsteilnehmer:innen eine selbstbestimmte und ungehinderte Fortbewegung zu ermöglichen. Aus diesem Grund ist es notwendig ein gesteigertes Augenmerk auf die Einhaltung der einschlägigen Normen zu legen.

(Thomas Klein)

Betrifft: Demonstrationen und Veranstaltungen in der Inneren Stadt **(Andreas Koller)**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien werden ersucht, bei stundenlangen Großdemonstrationen und Groß- und Massenveranstaltungen

- a) die Zu- und Abfahrt zur Inneren Stadt (etwa durch Schleusen oder Ausweichstrecken) zu ermöglichen,
- b) Überschreitungen der Lärmwerte auf lange Dauer insbesondere an Sonn- und Feiertagen und in den Nachtstunden hintan zu halten und
- c) dafür erforderliche straßenverkehrliche Verordnungen nicht vom Tisch zu entscheiden und unter Einbindung des Bezirks zu verhandeln,

sowie vor und nach Demonstrationen Lagerungen von Gegenständen im öffentlichen Raum nur ohne wesentliche Beeinträchtigung der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des ruhenden und fließenden Fußgänger- und Fahrzeugverkehrs zu gestatten.

Begründung:

Alle durch unsere Verfassung gewährleisteten Grundrechte sind ein hohes Gut, das wir schützen müssen. Diese Grundrechte sind nach unserer Rechtsordnung gleichrangig: die Versammlungsfreiheit, die Erwerbsfreiheit, das Recht auf Privateigentum, das Recht auf ein Privat- und Familienleben. Daher braucht es einen fairen Ausgleich, wenn das Grundrecht des einen in Konflikt mit den Grundrechten des anderen kommt.

Der Bezirk dankt der Polizei für ihre Arbeit und intensives Engagement gerade im Zusammenhang mit größeren Veranstaltungen und Demonstrationen, die zu Verkehrshindernissen und Überschreitungen der Lärmgrenzen führen. Dennoch darf es dabei zu keiner stundenlangen Absperrung der Inneren Stadt ohne Auswege bzw. zu keiner dauernden Lärmbelastung kommen, wie wir es immer wieder beobachten müssen: Dadurch wird insbesondere die Bewegungsfreiheit der Bewohnerinnen und

Volkspartei

Innere Stadt

Bewohner, sowie der Wirtschaftstreibenden, die die Nahversorgung der Bevölkerung gewährleisten, in unnötiger Weise beschränkt. Schleusungen udgl. stören in keiner Weise den Zweck einer Demonstration oder Veranstaltung und wären daher eine gute Abhilfe.

Eine Einbindung der Bezirksvertretung in die Erlassung von Verordnungen in diesem Zusammenhang hat ihre Grundlage in der StVO und ist zu gewährleisten.

Die mitunter große Belastung der Menschen in der Inneren Stadt durch zulässige Demonstrationen sowie genehmigte Groß- und Massenveranstaltungen soll dadurch zumindest ein wenig abgemildert werden.

Betrifft: Verstärkte Kontrollen bei kurzzeitvermieteten Wohnungen in der Wohnzone (Sophie Valtiner)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt ^{+ GRÜNE} stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, proaktive Maßnahmen zur Kontrolle bei kurzzeitvermieteten Wohnungen in der Wohnzone zu setzen und den Bezirk über diese zu Informieren.

Es wird darum ersucht, bei anlassbezogenen Kontrollen einzelner Wohnungen gleich das gesamte Wohnhaus zu kontrollieren.

Begründung:

Mit der Bauordnungsnovelle 2023 wurde eine datenschutzkonforme Möglichkeit geschaffen, welche es ermöglicht die Daten aus der Vollziehung der Ortstaxe auch für Überprüfungen zu verwenden.

Zusätzlich dazu haben sich Kontrollen als sehr effizient herausgestellt. Alleine in der Inneren Stadt wurde zwischen 2018 und 2024 eine Anzahl von 76 begründete Verfahren eingeleitet und im Zuge dieser konnten 64 der illegal kurzfristig vermieteten Wohnungen in der Inneren Stadt als Wohnraum für Bewohnerinnen und Bewohner zurückgewonnen werden.

Aus diesem Grund ist die Durchführung von proaktiven Kontrollen so wichtig, damit Wohnungen und Wohnraum nicht mehr dem Wohnungsmarkt und somit der Wiener Bevölkerung durch illegale Kurzzeitvermietung entzogen werden.

Betrifft: Schutz des Weltkulturerbes vor Hochhausbauten
(Gregor Raidl)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt  stellen folgenden

Antrag

Der Bürgermeister und die Stadtregierung werden ersucht, so rasch wie möglich ein Hochhauskonzept vorzulegen, welches das UNESCO Weltkulturerbe Historisches Zentrum von Wien vor Hochhausbauten im Schutzbereich, den Nahbereichen und den Sichtachsen schützt. Dieses soll für alle potenziellen zukünftigen, aber auch alle derzeit in Diskussion und Planung befindlichen Hochhausprojekte verbindlich gelten.

Begründung:

Es gab bereits bis 2014 eine Ausschlusszone für Hochhausbauten zum Schutz des UNESCO Welterbes. Diese wurde in Zusammenhang mit einem Hochhausprojekt jedoch wieder aufgehoben. In der Folge musste das Welterbe Historisches Zentrum von Wien, um es zu bewahren, von der UNESCO auf die Rote Liste der gefährdeten Welterbestätten gesetzt werden.

Die Innere Stadt begrüßt die Ankündigung der Stadtregierung, in Folge des neuen Stadtentwicklungsplanes (StEP 2035) ein neues Hochhauskonzept zu erarbeiten, das insbesondere den Ausschluss von Hochhäusern mit Auswirkungen auf das Welterbe sicherstellen soll. Die Innere Stadt spricht sich dafür aus, dass dieser Ausschluss umfassend und verbindlich ist, damit das Welterbe erhalten bleibt und Wien wieder von der Roten Liste gestrichen werden kann. Die Innere Stadt ist auch bereit, mit ihrer umfassenden Expertise an der Erstellung des Hochhauskonzepts mitzuwirken.

Betrifft: Toilettenanlage am Börseplatz
(Cathrin Folie)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Handwritten signature: *SPÖ*

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die Machbarkeit und Kosten einer fixen Toilettenanlage am Börseplatz beim Hermann-Gmeiner-Park (Börsepark) zu prüfen und diese bei positivem Prüfergebnis in Absprache mit dem Bezirk zu errichten. In einem zweiten Schritt mögen auch die Machbarkeit und Kosten einer fixen Toilettenanlage beim Rudolphspark geprüft werden.

Begründung:

Der Börsepark wird von der umliegenden Wohnbevölkerung und den benachbarten Schulen und Kindergärten sehr gut genutzt. Derzeit sind keine festen öffentlichen Toilettenanlagen in der Nähe. Es besteht das dringende Bedürfnis der Parknutzerinnen und Parknutzer nach einer nahen öffentlichen Toilettenmöglichkeit, insbesondere von Schul- und Kindergartenkindern und Familien.

In weiterer Folge sollen dann auch beim Rudolphspark die technischen Möglichkeiten und Kosten einer Toilettenanlage geprüft werden.

Antrag: Altstoffsammelstellen
(Evelyn Blau)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, bestehende Lücken zwischen den existierenden Standorten von Altstoffsammelstellen in der Inneren Stadt zu schließen. Das Ziel möge sein, dass der nächstgelegene Standort von keinem Ort in der Inneren Stadt weiter als 250 Meter (Luftlinie) entfernt ist.

Begründung:

Bewohner:innen beklagen sich über teilweise zu weite Entfernungen zur nächstgelegenen Altstoffsammelstelle. Der auch in Wien etablierte Zielwert von maximal 250 Metern (Luftlinie) wird leider nicht überall in der Inneren Stadt erreicht. Kurze Wege zu diesen Sammelstellen sind aber wichtig, um die Bereitschaft zur Mülltrennung (und den damit verbundenen Möglichkeiten für Recycling) zu erhöhen. In der Inneren Stadt mit dem höchsten Durchschnittsalter der Bewohner:innen verglichen mit allen anderen Wiener Bezirken sind diese kurzen Wege besonders wichtig.

Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Deckel der Gelben Tonnen

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, die Entsorgung von Leichtverpackungen für Haushalte praktikabler, hygienischer und barrierefrei zu machen. Dafür sollen die Gelben Tonnen im Bezirk auch mit einfach zu öffnenden Deckeln oder größeren Einwurföffnungen ausgestattet werden.

Begründung:

Seit 2023 sollen in Wien alle Verpackungen - außer Glas und Papier - in Gelben Tonnen gesammelt werden.

- Plastikflaschen (für Lebensmittel wie z. B. Speiseöl, Essig, Milchprodukte oder Wasch- und Putzmittel, Körperpflegemittel)
- Getränkekartons
- Joghurtbecher
- Folien bzw. Luftpolsterfolien
- (Tiefzieh-)Schalen/Trays (für Obst, Gemüse, Takeaway, Wurst, Käse oder Kekse)
- Metallverpackungen (z.B. für Dosen, Getränkedosen, Konservendosen für Lebensmittel oder Tiernahrung, Durchmesser kleiner 20 cm)
- Menüschalen aus Metall (z. B. für Fertiggerichte, Tierfutter)
- Verschlüsse und Deckel von Gläsern, Flaschen und Tuben
- Sonstige Verpackungen (ausgenommen Altglas und Altpapier)

Art und Menge der Mülltrennung haben sich also massiv verändert. Diese vielen verschiedenen Verpackungen sammelt man in der Regel in der Wohnung in einem Sack, den man dann zur Sammelstelle bringt. Die Gelben Tonnen dort wurden mit speziellen runden Einwurföffnungen konzipiert, die „auf handelsübliche Verpackungen mit einem Durchmesser von rund 20 cm“ ausgerichtet sind; die Deckel sind versperrt. Daher müsste man den gesamten Inhalt des Müllsacks wieder auspacken, um die Teile einzeln in die Öffnungen zu werfen. Wenn das nicht geschieht, liegen volle Müllsäcke auf und neben den Tonnen der Sammelstellen (siehe Foto) – oder die Deckel werden aufgebrochen. Von 9 besichtigten Tonnen (Stand September 2024) im Bezirk waren 8 aufgebrochen, dh. die Deckel wurden unvorschriftsmäßig geöffnet.

Wir ersuchen daher dringend um eine praktikablere und effizientere Handhabung dieser Mülltonnen. Für Bewohner:innen, die mittlerweile gut gelernt haben, mit Mülltrennung umzugehen, ist es in der jetzigen Form nicht zumutbar. Alle anderen werfen ihren Müll weiterhin ungetrennt in die schwarze Tonne.

(Liz Tanzer)

Antrag: Barrierefreiheit Dr.-Ignaz-Seipel-Platz
(Evelyn Blau)



+ NEOS

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

(Verweis BSK)

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die Pflasterung bzw. die Ritzen zwischen den Pflastersteinen am Dr.-Ignaz-Seipel-Platz so aufzusanden/aufzufüllen, dass die Stolpergefahr für Fußgänger:innen beseitigt wird. Zusätzlich sollen rüttelfreie Korridore zum Queren des Platzes entlang der meistgenutzten Relationen für Menschen, die im Rollstuhl, mit Rollator oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, geschaffen werden. Dabei soll keine flächendeckende Bodenversiegelung stattfinden, sondern die Versickerungsfähigkeit auf einem Großteil der Flächen bestehen bleiben.

Begründung:

Ein sehr ähnlicher Antrag wurde bereits im September 2022 eingebracht, in die BSK verwiesen und dort zuletzt am 23.10.2023 behandelt. Die damals von der Vorsitzenden der Kommission in Aussicht gestellten Verbesserungen haben nicht in einem befriedigenden Ausmaß stattgefunden. Der Platz ist nach wie vor für Menschen am Rollstuhl oder mit Rollator sowie für Menschen mit Sehbehinderung unpassierbar. Auch mit dem Fahrrad ist die Benützung der Verkehrsfläche als gefährlich einzustufen.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Schaffung einer Sitzgelegenheit / Anlehnhilfe

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien, ~~Magistratsabteilung 46~~, wird ersucht zu prüfen, ob die Aufstellung zumindest einer Sitzgelegenheit und / oder Anlehnhilfe im Nahbereich der Bushaltestellen „Stephansplatz“ vor Brandstätte ONr. 1 und Stephansplatz ONr. 7 möglich ist.

BEGRÜNDUNG

Das Citybusnetz wird von vielen Bewohner*innen der Inneren Stadt genutzt. Da die Intervalle der Buslinien 2A und 3A 10 Minuten betragen und auch die Buslinie 1A an Samstagen nur alle 10 Minuten verkehrt, ist es erforderlich, im Bereich dieser Haltestellen zumindest eine Sitzgelegenheit und / oder Anlehnhilfe für Personen mit Gehbehinderung, schwangere Frauen oder Eltern mit kleinen Kindern zu schaffen.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

+ NEOS, KPO

ANTRAG

(Verweis BGK)

Overtourism

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung Innere Stadt und weiterer Stakeholder sowie unter Einbeziehung externer Fachexpertise eine umfassende Analyse der Probleme und Herausforderungen in Zusammenhang mit Tourismus in der Inneren Stadt zu erarbeiten. Best-Practice-Beispiele aus dem In- und Ausland mögen recherchiert werden, um mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Darauf basierend mögen Strategien und Maßnahmen entwickelt werden, die einem guten Miteinander von Bewohner*innen und Gästen der Inneren Stadt förderlich sind.

BEGRÜNDUNG

Es ist zu begrüßen, dass Wien eine attraktive und weltoffenen Stadt ist, die gerne von Menschen aus aller Welt besucht wird. Gleichzeitig gehen mit dem zunehmenden „Overtourism“ in der Inneren Stadt auch Probleme einher, die vielen Bewohner*innen Unbehagen bereiten: Missbrauch von Wohnraum für Kurzzeitvermietungen, Kommerzialisierung öffentlichen Raums, die Verdrängung von bei Bewohner*innen beliebten Geschäften durch Souvenirshops, Verkehrsprobleme durch große Touristengruppen, Touristenbusse, Fiaker und E-Oldtimer, usw.

Die Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren bereits einige wirksame Maßnahmen gesetzt, etwa die starke Einschränkung von Kurzzeitvermietungen in Wohnzonen und Nachschärfungen im Gebrauchsabgabegesetz. Durch den starken Aufschwung des Tourismus seit dem Ende der Corona-Pandemie wachsen allerdings auch wieder die oben genannten Herausforderungen und damit die Klagen aus der Bevölkerung. Es braucht daher ein fachlich fundiertes und mit den zuständigen Stakeholdern gut abgestimmtes Bündel an Strategien und Maßnahmen, um eine attraktive, bewohnte Innere Stadt für die Zukunft zu sichern.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

GRÜNE, NEOS

ANTRAG

Frauenwoche in der Inneren Stadt

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Sozial- und Generationenkommission der Inneren Stadt wird damit beauftragt, eine „Frauenwoche in der Inneren Stadt“ im Rahmen der wienweiten Frauenwoche im März 2026 zu planen, die Umsetzung erfolgt mit dem Büro der Bezirksvorstehung. Die Frauenwoche soll in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und Unternehmen im Bezirk stattfinden. Zielgruppe sind die Bewohnerinnen der Inneren Stadt.

BEGRÜNDUNG

Die Frauenwoche dient der Stärkung der Interessen von Frauen im 1. Bezirk und soll auf ihre Bedürfnisse und Anliegen aufmerksam machen sowie Vernetzungsmöglichkeit schaffen. Die Frauenwoche soll Frauen und Mädchen jeden Alters und Hintergrunds ansprechen, die im 1. Bezirk leben.

Zentrale Themen der Frauenwoche können unter anderem folgende Punkte umfassen:

- Bedürfnisse der Bewohnerinnen der Inneren Stadt im öffentlichen Raum
- Gewaltprävention, insbesondere das Thema Gewalt an Frauen
- Workshops zu Selbstverteidigung und Gesundheit
- Frauenspaziergänge mit historischen Informationen zur Frauengeschichte in der Inneren Stadt
- Ein Frauennetzwerktreffen für die Bewohnerinnen der Inneren Stadt

Zusätzlich sollen die Interessen und Anliegen der Bewohnerinnen im Rahmen der Frauenwoche erfasst werden.

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Betreff: Entschärfung der häufigen Radweg-Unfallstelle Lothringerstraße

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird dringend ersucht, eine Überprüfung des Abschnittes des Radweges in der Lothringerstraße Richtung Schwarzenbergplatz zwischen Musikverein und Schwarzenbergplatz in Hinblick auf eine Erhöhung der Sicherheit und Reduktion der Unfallgefahr für Verkehrsteilnehmer:innen vorzunehmen.

Begründung:

Der Radweg in der Lothringerstraße ist im Bereich des Musikvereins zweispurig in beide Richtungen geführt und befahrbar. Ab der Canovagasse endet die Fahrspur in Richtung Schwarzenbergplatz.

Trotz des Bestehens einer entsprechender Verkehrsbeschilderung fahren zahlreiche Radfahrer:innen unbewußt oder bewußt geradeaus weiter und es kommt - auch aufgrund von baulichen Gegebenheiten mit Sichteinschränkung - in weiterer Folge häufig zu Unfällen, zum Teil mit Personenschaden und gefährlichen Situationen für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen.

Eine Entschärfung der entsprechenden Verkehrssituation ist dringend notwendig.

(Thomas Klein)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Betreff: Wegweiser zu barrierefreien WC-Anlagen

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, in der Inneren Stadt gut sichtbare Wegweiser mit zusätzlichem Rollstuhl Symbol und Entfernungangaben zu befestigen. Diese sollen auf nächstgelegene barrierefreie öffentliche WC-Anlagen hinweisen, wie zum Beispiel in der U2-Station Schottentor.

Begründung:

Derzeit führen zahlreiche Wegweiser in der Inneren Stadt zu nicht barrierefreien öffentlichen WC-Anlagen. Insbesondere rund um den Judenplatz, der Freyung, am Graben oder Stephansplatz gestaltet sich die Suche nach einer komfortabel und sicher zugänglichen WC-Anlage als besonders herausfordernd.

Für Menschen mit Behinderung sind entsprechende Wegweiser essenziell, um im Bedarfsfall rasch eine barrierefreie Toilette aufsuchen zu können und selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben der Inneren Stadt teilzuhaben.

Darüber hinaus profitieren auch Eltern mit Kinderwagen, Menschen mit temporären Mobilitätseinschränkungen (z. B. nach einem Unfall), Schwangere oder Menschen mit Rollator von dieser barrierefreien Verbesserung im öffentlichen Raum, um auf kurzem Wege zu einer barrierefreien öffentlichen WC-Anlage zu gelangen.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen in der Inneren Stadt würde ein weiterer Schritt in Richtung umfassender Barrierefreiheit gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention gesetzt werden. Denn Inklusion ist ein Menschenrecht!

(Andrea Dobida)

Beispiele: aktuelle Wegweiser in der Inneren Stadt | Verbesserung



Beispiel: Freyung



Beispiel: Judenplatz



Beispiel: Graben



Beispiel: Stephansplatz



barrierefreie Verbesserung:
Wegweiser mit Rollstuhl Symbol



WC-Anlage Am Hof

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Betreff: Minderung von Verkehrsbehinderungen

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, gemeinsam mit der LPD Wien, der Wirtschaftskammer Wien, der Verkehrs- und Wirtschaftskommission der Inneren Stadt und weiteren relevanten Stakeholdern Möglichkeiten zu erarbeiten, um die Verkehrsbeeinträchtigung durch Fiaker und sonstige touristische Rundfahrten (z.B. E-Oldtimer, Big Bus, etc.) zu verringern.

Begründung:

Fiaker und sonstige touristische Rundfahrten bilden in der Inneren Stadt oft starke Verkehrshindernisse, die nicht nur zu unnötigen Staus führen, sondern auf Grund nicht gegebener Überholmöglichkeiten auch Einsätze der Blaulichtorganisationen behindern können.

(Christoph Hilscher)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Betreff: Weihnachtsmärkte

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, Maßnahmen vorzuschlagen, wie die zu vermutende Mehrbelastung durch Besucher:innen in der Inneren Stadt durch den Wegfall der Weihnachtsmärkte im Belvedere und am Maria-Theresien-Platz abgefangen werden kann. Im Sinne der Zielsetzungen Touristenströme zu diversifizieren, regt die Bezirksvertretung Innere Stadt an, die Errichtung von Weihnachtsmärkten insbesondere in anderen Bezirken zu begünstigen.

Begründung:

Im Jahr 2025 finden die Weihnachtsmärkte im Belvedere und am Maria-Theresien-Platz nicht statt. Es steht zu befürchten, dass dadurch die ohnehin schon überfüllten Weihnachtsmärkte in Wien, insbesondere in der Inneren Stadt, und die ebenfalls überfüllten Fußwege zusätzlich belastet werden. Die für die Bewohner:innen der Inneren Stadt ohnehin hohe touristische Belastung würde wahrscheinlich merkbar zunehmen, während andere Stadtteile nicht in den Genuss der Vorteile eines (gemäßigten) Tourismus kommen.

(Christoph Hilscher)

Betrifft: Projekt Börsegasse (Patricia Davis)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei ^{+ SPÖ, GRÜNE, NEOS} Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien möge gemeinsam mit der Bezirksentwicklungs- und Gestaltungskommission für den Bereich Börsegasse zwischen Schottenring und ~~Esslinggasse~~ ^{Renngasse} ein Gestaltungsprojekt erarbeiten.

Begründung:

Dieser Abschnitt der Börsegasse ist sehr breit, was viel Sonneneinstrahlung ermöglicht. Im Gegensatz zu den anderen Abschnitten der Gasse stehen hier noch keine Bäume, die für Schatten sorgen. Schatten macht jedoch nicht nur die täglichen Wege erträglicher, er ermöglicht auch bessere nächtliche Abkühlung und damit die Erholung der Menschen vor Ort.

Gleichzeitig beträgt der Fahrbahnquerschnitt dort ca. 18m. Eine entsprechende Verschmälerung im Bereich zum Schottenring erleichtert die künftige Einfahrtskontrolle für das Projekt der verkehrsberuhigten Inneren Stadt. Generell sorgt die Verschmälerung für mehr Sicherheit für die zu Fuß Gehenden bei der Querung der Börsegasse, was insbesondere für die Besucherinnen und Besucher des Spielplatzes im angrenzenden Hermann Gmeiner Park wünschenswert ist. Die Ausarbeitung und Umsetzung eines solchen Projekts erfordert erfahrungsgemäß gut zwei Jahre. Soll das Projekt zur Umsetzung der verkehrsberuhigten Inneren Stadt fertig sein, ist es angebracht, zeitnahe mit der Planung zu beginnen.

Betrifft: Projekt Schottengasse (Patricia Davis)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei ^{+SPÖ, GRÜNE, NEOS} Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien möge gemeinsam mit der Bezirksentwicklungs- und Gestaltungskommission für den Bereich Schottengasse zwischen Schottenring und Helferstorferstraße ein Gestaltungsprojekt erarbeiten.

Begründung:

Dieser Abschnitt der Schottengasse ist mit einem Fahrbahnquerschnitt von 28m sehr breit und damit viel Sonneneinstrahlung ausgesetzt. Schatten, vorzugsweise durch Bäume, ist also nötig. Schatten macht nicht nur die täglichen Wege erträglicher, was gerade an einem hochfrequentierten Ort wie diesem vielen Menschen zugutekommt, er ermöglicht auch bessere nächtliche Abkühlung und damit die Erholung der Menschen vor Ort.

Eine entsprechende Verschmälerung im Bereich zum Schottenring erleichtert die künftige Einfahrtskontrolle für das Projekt der verkehrsberuhigten Inneren Stadt. Verbesserungen für die hohe Anzahl an zu Fuß Gehenden sind sowohl hinsichtlich der Gehsteigbreiten als auch der Querungslängen erstrebenswert. Die Ausarbeitung und Umsetzung eines solchen Projekts erfordert erfahrungsgemäß gut zwei Jahre. Soll das Projekt zur Umsetzung der verkehrsberuhigten Inneren Stadt fertig sein, ist es angebracht, zeitnahe mit der Planung zu beginnen.

Betrifft: Wohnraum Gemeindebauten Innere Stadt (Markus Reiter)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht dem Bauausschuss mitzuteilen,

wie viele Strafen, Kündigungen, lebenslange Sperren etc. wegen Verstößen gegen das Vermietungsverbot von Gemeindewohnungen im Wege der touristischen Kurzzeitvermietung in den Gemeindebauten der Inneren Stadt verhängt wurden

und welche Kontrollmaßnahmen von der Stadt Wien gesetzt werden, ob die Wohnungen in Gemeindebauten der Inneren Stadt ordnungsgemäß als Hauptwohnsitz genutzt werden und keine Nebenwohnsitznutzung bzw. „Scheinnutzungen“ vorliegen.

Begründung:

Der OGH bestätigte in einem Urteil im Jahr 2022 das Vermietungsverbot von Gemeindewohnungen über die Plattform AirBnB. Im Zuge von Kontrollen wurden gegen Mieter, die bei der illegalen Vermietung eine Bagatellgrenze überschritten haben, Sanktionen gesetzt.

Für die Vergabe und das Bewohnen einer Wohnung im Gemeindebau ist für den Mieter die Meldung des Hauptwohnsitzes erforderlich. Gemäß melderechtlichen Bestimmungen hat man den Hauptwohnsitz an einer Unterkunft mit der Absicht dort den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu haben. Es besteht für den Magistrat die Möglichkeit die Qualität des Wohnsitzes zu überprüfen, ob der Wohnraum in den Gemeindebauten der Inneren Stadt auch zurecht genutzt wird.

Betrifft: Taubenaufkommen in Stationsbereichen (Sophie Valtiner)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei ^{+FPÖ} Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, gemeinsam mit den Wiener Linien Maßnahmen zu ergreifen, die das vermehrte Aufkommen von Tauben insbesondere in den Stationsbereichen „Schottentor“, „Ring Volkstheater“ und „Stubentor“ eindämmen. Ziel ist es, sowohl kurzfristige als auch nachhaltige Strategien zur Reduktion der Populationen sowie zur Vermeidung zukünftiger Ansammlungen zu entwickeln und umzusetzen

Begründung:

In den letzten Monaten häufen sich Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainern sowie Fahrgästen über das zunehmende Auftreten von Tauben in den über- und unterirdischen Stationsbereichen insbesondere der Stationen „Schottentor“, „Volkstheater“, „Stubenring“ und auch „Schwedenplatz“. Die Tauben sitzen sowohl in den Abgangsbereichen und Bahnsteigen der Stationen, als auch außen bei den Stationsgebäuden, im Winter besonders gerne neben den Abluftschächten.

Alle Stationen sind stark frequentierte Verkehrsknotenpunkte in der Inneren Stadt mit bis zu 100.000 Passagierinnen und Passagieren pro Tag. Das vermehrte Aufkommen dieser Tiere stellt ein hygienisches Problem dar, kann die Aufenthaltsqualität erheblich beeinträchtigen und gesundheitliche Risiken bergen.

Antrag: Fortsetzung Baumreihe Salzgries
(Arthur Gillay)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, ob am Salzgries eine bauliche und standortökologisch sinnvolle Verlängerung der bestehenden Baumreihe in Richtung Morzinplatz möglich ist. Im Bereich zwischen Concordiaplatz und Saltorgasse/Vorlaufstraße möge geprüft werden, ob die aus vereinzelt Bäumen bestehende Baumreihe nachverdichtet werden kann. Dabei sollen sowohl technische als auch gestalterische Aspekte, insbesondere im Hinblick auf Bodenverhältnisse, Leitungsführung und klimatische Wirksamkeit, berücksichtigt werden.

Begründung:

Der Baumbestand am Salzgries weist Lücken auf und die Baumreihe endet abrupt an der Kreuzung Saltorgasse/Vorlaufstraße. Die Verlängerung in Richtung Morzinplatz bzw. die Nachverdichtung im Abschnitt der vereinzelt bereits gepflanzten Bäume würde nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Klimaanpassung und Verbesserung des Mikroklimas im innerstädtischen Bereich leisten, sondern auch die Aufenthaltsqualität für Fußgänger:innen erhöhen.

Angesichts zunehmender Anzahl von Hitzetagen und starker Versiegelung in der Inneren Stadt ist jeder zusätzliche Baumstandort von Bedeutung. Ziel ist es, vorhandene Begrünungspotenziale im öffentlichen Raum bestmöglich zu nutzen.

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Verena Raab)

ANTRAG

betreffend: Behindertenparkplätze rund ums Rathaus

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien ~~und die Bezirksvertretung werden~~^{wird} ersucht gemeinsam mit allen sonstigen zuständigen Stellen dafür Sorge zu tragen, dass bei diversen Auf- und Abbauarbeiten für die zahlreichen Veranstaltungen am Rathausplatz nicht die wenigen vorhandenen Behindertenparkplätze verwendet werden.

BEGRÜNDUNG

Da es aufgrund der diversen Auf- und Abbauarbeiten für die vielen Veranstaltungen am Rathausplatz immer wieder blockierte Behindertenparkplätze gibt, wäre es sinnvoll, bei den Einrichtungen dieser Auf- und Abbauarbeiten Augenmerk darauf zu legen, dass dies nicht unbedingt auf den Behindertenparkplätzen stattfinden muss. Nach den Aufbauarbeiten bleiben meistens alle Utensilien auf den blockierten Plätzen stehen bis dann auch, tage später, die Abbauarbeiten stattfinden. Dies führt dazu, dass die Behindertenparkplätze rund ums Rathaus bei den Veranstaltungen, bei denen sie mehr gebraucht werden als sonst, nicht genutzt werden können. .

Resolution: Fiaker an Hitzetagen
(Conny Schmeller)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Resolutions-Antrag

Die Bezirksvertretung Innere Stadt spricht sich dafür aus, dass die Wiener Fiakerpferde besser geschützt werden und ersucht die Wiener Stadtregierung, den Wiener Landtag und den Magistrat, wirksame Maßnahmen zu setzen, damit Fiakerfahrten bereits ab einer in der Inneren Stadt erfassten Temperatur von 30 Grad unzulässig sind.

Begründung:

Hitzewellen bedeuten nicht nur für Menschen, sondern auch für Tiere und da besonders für Fiakerpferde gesundheitliche Belastungen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die bestehende Regelung – hitzefrei für Fiakerpferde ab 35 Grad – bei weitem nicht ausreicht, um die Tiere zu schützen. Die Pferde stehen stundenlang in der prallen Sonne auf Asphalt, der eine Oberflächentemperatur von bis zu 50 Grad erreicht (Quelle: eigene Messung im Juli 2024). Es gibt immer noch zu wenige Schattenstandplätze.

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Markus Platt)

ANTRAG

betreffend: „Sackerl fürs Gackerl vom Hunderl“

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht im gesamten Rathauspark, speziell jedoch in der Wiese des Rathausparks gegenüber des Cafe's „Sluka“, Spender mit „Sackerl fürs Gackerl vom Hunderl“ aufzustellen, um den BewohnerInnen MIT Hunderl das Leben etwas einfacher zu machen.

BEGRÜNDUNG

Gerade im und rund um den Rathauspark spazieren viele BewohnerInnen mit ihren Vierbeinern, doch leider sind in dieser Gegend sehr wenige der „Sackerl fürs Gackerl“-Spender vorhanden. Würde man hier ein paar mehr dieser Spender aufstellen, wäre das eine Erleichterung für unsere BewohnerInnen und ihre Hunderl!

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der ÖVP, SPÖ, GRÜNE, NEOS und KPÖ Innere Stadt stellen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Verkehrsberuhigte Innere Stadt

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Innere Stadt bekennt sich weiterhin zur Umsetzung der Verkehrsberuhigten Inneren Stadt und strebt an, in Zusammenarbeit mit der Wiener Stadtregierung die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

- Einführung einer automationsunterstützten, datenschutzkonformen Zufahrtsregelung innerhalb von Ring und Franz-Josefs-Kai,
- Errichtung eines elektronischen Leitsystems für die öffentlichen Garagen im Einzugsbereich,
- Nutzung des verringerten Parkplatzdrucks und freiwerdenden öffentlichen Raums für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, des Stadtklimas und des Fuß- und Radverkehrs und
- Optimierung des Citybusnetzes, u.a. um umliegende Bezirke besser anzubinden.

BEGRÜNDUNG

Die Verkehrsberuhigte Innere Stadt ist eines der wichtigsten Zukunftsprojekte für einen lebenswerten 1. Bezirk. In den vergangenen zwei Legislaturperioden wurde bereits viel Vorarbeit für die Umsetzung geleistet. Die Bezirksvertretung begrüßt, dass die Verkehrsberuhigte Innere Stadt auch im aktuellen Koalitionsprogramm als Ziel definiert ist und möchte mit diesem Resolutionsantrag ihren Willen bekräftigen, dieses Projekt tatkräftig weiterzuverfolgen.